

Konkurrenz für das Empire – Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt



Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf

2007

Dieses Buch widmen wir

Gerald Mader

für seine Arbeit im

*Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung seit
nunmehr 25 Jahren und seinen Einsatz für ein soziales und solidarisches
Europa als Friedensmacht*

Vorwort

Einleitung

Europäische (T)räume der Macht

1. Kapitel

EU-Imperialismus: Ein Amalgam von Geoökonomie und Geopolitik

- 1.1 Geoökonomie, Globalisierung*
- 1.2 Geopolitik, Imperialismus*
- 1.3 Räume, Zeiten und Grenzen Europas*
- 1.4 Die EU auf Expansionskurs in ein neues Imperium?*

2. Kapitel

Die politische Ökonomie der europäischen Integration

- 2.1 „Negative“ und „positive Integration“*
- 2.2 Erweiterung und Vertiefung der Integration*
- 2.3 Ein kurzer Abriss der Geschichte der ökonomischen und monetären Integration*
- 2.4 Die Akkumulationsdynamik in der EU*
 - 2.4.1 Gewicht und Attraktivität in der Weltwirtschaft*
 - 2.4.2 Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der EU*
 - 2.4.3 Lohnstückkosten und Arbeitslosigkeit*
 - 2.4.4 Grenzen des Wachstums*

3. Kapitel

Die Herausbildung einer europäischen Staatlichkeit

- 3.1 Verdichtete Zeiträume*
- 3.2 Die „offene Koordinierung“ neoliberaler Wirtschaftspolitik seit den 1970er Jahren*
- 3.3 Medien der europäischen Staatlichkeit: Recht, Geld, Macht und Konsens*
 - 3.3.1 Das Medium Recht oder die Die Konstitution des Neoliberalismus*
 - 3.3.2 Das Medium Geld: Der Euro und die Regeln von Maastricht*
 - 3.3.3 Das Medium Macht und Konsens*

4. Kapitel

Das europäische Gesellschaftsmodell

- 4.1 Normative Grundlagen der alten europäischen Sozial(staats)modelle*
- 4.2 Die Lissabon Strategie oder: Ein europäisches Sozialmodell im Dienste des Wettbewerbs*
- 4.3 Soziale Kohäsion und Kohärenz der Politik*
 - 4.3.1 Von der Unmöglichkeit sozialer Kohäsion durch negative Integration*
 - 4.3.2 Die EU auf dem Weg in eine regionale „gated community“*

5. Kapitel

Die EU als globale Handelsmacht

- 5.1 Die nützliche Lüge von der „zivilisierenden Macht“ des Freihandels*
- 5.2 Freihandel als Armuts- und Umweltfalle*
- 5.3 Handelspolitik im Zeitalter des neuen Imperialismus*
- 5.4 Regionale Blockbildung als Alternative zum Multilateralismus?*

- 5.5 *Die US-amerikanische Variante: Freihandelsabkommen im Dienste nationaler Sicherheitspolitik*
- 5.6 *Die neue EU-Handelspolitik: Mit Zuckerbrot und Peitsche teilen und herrschen*
- 5.7 *Handelspolitik für die Investoren*
- 5.8 *Das „Global Europe“-Projekt*

6. Kapitel.

Der ökologische Imperialismus des alten Kontinents: Geopolitik der Energiesicherheit und des Klimaschutzes

- 6.1 *Die Energiekette: Extraktions-, Produktionsökonomien und neues „great game“*
- 6.2 *Die Sicherung der Versorgung der EU mit fossiler Energie*
 - 6. 2. 1 *Diversifizierung der Energielieferanten der EU*
 - 6. 2. 2 *Erhöhung der Energieeffizienz*
 - 6. 2. 3 *Energiesparen*
 - 6. 2. 4 *Veränderung des europäischen „Energimix“*
- 6.3. *Die Folgen der Verbrennung fossiler Energieträger: Europäische Klimapolitik und globale Klimakonflikte*
- 6.4 *Vorsorgeprinzip gegen „marktbasierte Instrumente“*
 - 6. 4. 1 *Das Vorsorgeprinzip*
 - 6. 4. 2 *Emissionshandel oder die neoliberale Vorherrschaft marktbasierter Instrumente*
- 6.5 *Der Übergang zu einem erneuerbaren Energieregime in der EU und die Fallstricke der Agrokraftstoffe*

7. Kapitel

Euro versus US-Dollar: Von der Währungskonkurrenz zum Währungskrieg?

- 7.1 *„Strukturelle Ungleichgewichte“ der Weltwirtschaft*
- 7.2 *US-Hegemonie durch Recycling von Petrodollar*
 - 7. 2. 1 *Die 1970erJahre: der Dollar-Phoenix aus der Asche von Öl- und Schuldenkrise*
 - 7. 2. 2 *US-Hegemonie durch Proliferation des Neoliberalismus*
- 7.3 *Dollar- oder Euro-Imperialismus?*

8. Kapitel

Europäische Zukünfte

- 8.1 *Ist die Vergangenheit europäisch, die Gegenwart US-amerikanisch und die Zukunft asiatisch?*
- 8.2 *Das Empire in der Sackgasse*
- 8.3 *Diskurse über die Zukunft Europas*

9. Literatur

10. Abkürzungsverzeichnis, Tabellen- und Schaubildverzeichnis

Vorwort

Während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 konnte der 50. Jahrestag des Abschlusses der Römischen Verträge vom 25 März 1957 gefeiert werden. Damals wurde der Kern der heutigen EU gebildet: die europäische Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Italien und Deutschland. Allein dieses Datum ist Anlass, über die bisherige Entwicklung der europäischen Integration nachzudenken und sich mit den Zukunftsaussichten zu beschäftigen. Die weitere interne Entwicklung der EU ist ebenso wenig geklärt wie Europas Rolle in der Welt. Wird in Zukunft die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Wettbewerb die politischen Diskurse dominieren? Wird dann der Druck auf die Arbeitskosten, also die Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung, unter dem beschönigenden Etikett der „Reformen des Sozialstaats“ erhöht, oder wird von einem europäischen Gesellschaftsmodell nicht nur geredet, sondern dieses zum Leben erweckt? Wird es für die Menschen in Europa in Zukunft soziale und ökonomische Sicherheit geben; werden Partizipationsrechte ausgeweitet und wird der Zugang zu hochwertigen öffentlichen Gütern für alle Bürger ermöglicht und ihnen auf diese Weise eine politische Perspektive geboten oder reduziert sich die Europäische Union für viele Bürgerinnen und Bürger zukünftig auf einen europaweiten „freien Markt“, auf dem die ökonomisch mächtigen Konzerne das Sagen haben? Verwandelt sich Europa in einen Kontinent prekärer Existenzen? Die Frage des Verhältnisses von Freiheit auf Märkten und von Gleichheit in der Gesellschaft steht auf der Tagesordnung.

Nach 50 Jahren stellen sich auch viele Fragen zur Rolle der EU in der gegenwärtigen Welt. Seit dem Untergang der Sowjetunion wird die Welt von einer Supermacht beherrscht. Andere Staaten lassen sich entweder in eine „Allianz der Willigen“ um die „einzige Weltmacht“ USA einbinden, oder sie scheitern als Staaten, verschwinden als politische Subjekte in der internationalen Arena (*failed states*), sind schwach und ohne viel Einfluss oder sie versuchen, eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren oder zurück zu gewinnen. Dies kann aber nur gelingen, wenn ihre Ökonomie gestärkt wird. Diesen Zusammenhang von Ökonomie und Weltpolitik hat der russische Präsident

Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 mit Blick auf die neuen Mächte Indien und China oder Brasilien und evtl. Südafrika ins Gedächtnis gerufen: „Es steht außer Zweifel: Das Wirtschaftspotenzial neuer Wachstumszentren schlägt unausweichlich in politischen Einfluss um und stärkt die Multipolarität“ (Rede dokumentiert in: *Freitag*, vom 16. Februar 2007, S. 6). Dieses Wort könnte auch auf Europa gemünzt sein. Denn der wirtschaftlichen Integration folgte die politische und diese ist die Grundlage für machtvolles politisches Auftreten nach außen – auch um günstig an die für die europäische Ökonomie benötigten natürlichen Ressourcen, insbesondere an die fossilen Brennstoffe heran zu kommen, neue Märkte für europäische transnationale Unternehmen in allen Weltregionen zu erschließen und Investitionen jeglicher Art rechtlich abzusichern. Europa soll, so der Industriekommissar Verheugen, „Weltmacht werden“ (Verheugen 2005). Soll die EU sich in ein „Empire“ verwandeln? Ein solches duldet ein konkurrierendes Außen nicht. Kommt es also zu transatlantischen Konflikten, wenn die EU ihre Wirtschaftsmacht steigert, oder sind neue Formen der „ultraimperialistischen“ Kooperation, etwa zur Sicherung der Energieversorgung der EU und der USA oder bei der Regulierung der währungspolitischen Konkurrenz zwischen Euro und US\$ vorstellbar?

Das sind einige zentrale Fragen, die sich alle zu der einen großen Frage bündeln lassen, ob ein europäischer Imperialismus entsteht, sozusagen in „Konkurrenz zu dem Empire“, zu der Hegemonialmacht USA. Die Frage ist gerechtfertigt, weil gerade als Folge der dynamischen Vertiefung und Erweiterung des europäischen Integrationsprojekts die ökonomischen Kräfte gestärkt und politische Akteure verleitet werden, über die europäischen Grenzen hinauszustreben und sich an der Gestaltung der „Weltordnungspolitik“ aktiv zu beteiligen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2007 hat bereits eine Agenda aufgestellt, in der Afrika zum Zielgebiet europäischer „Hilfe“, darunter auch von militärischen Interventionen in Darfur, im Kongo, im Tschad, in Guinea-Bissau erklärt wird. Das sind alles Regionen, die reiche Rohstofflager beherbergen, vor allem Öl. Der Traum der herrschenden Eliten Europas ist es wohl, die Räume zu beherrschen, in denen große Naturreichtümer vermutet werden. Wie soll die Linke auf diese Herausforderungen reagieren, die ja den Einsatz für ein demokratisches, soziales, ökologisches und vor allem friedliches Europa schwieriger machen?

Dieser Schrift ist eine Broschüre über „Europa in der globalisierten Welt“ für die Jugend der IG Metall vorausgegangen (von Elmar Altvater verfasst). Gemeinsam haben wir diese Darstellung nicht nur erweitert und aktualisiert, sondern um viele Aspekte ergänzt, die in der knappen Broschüre ausgeklammert wurden, insbesondere um die Kapitel über die europäische Staatlichkeit und ein europäisches Gesellschaftsmodell, die Handelspolitik der EU und die Energie-, Umwelt-, Klimapolitik. Auch die möglichen Zukünfte der EU werden sehr viel ausführlicher als in der Broschüre behandelt. In diese Schrift sind die Erfahrungen aus vielen Seminarveranstaltungen an Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen eingeflossen. Daher sei an dieser Stelle den vielen Studierenden und Kollegen/innen aus Deutschland, aber auch aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland sehr herzlich gedankt dafür, dass sie unsere Sicht auf die gegenwärtige Rolle der EU in einer multipolaren Weltordnung erheblich bereichert haben.

Jede Publikation dieser Art gründet auf vielen anderen. Sie ist nur ein kleiner Beitrag zu einer großen kollektiven, locker koordinierten Anstrengung in Netzwerken von Wissenschaftlern und politisch Aktiven. Wir haben an den Veranstaltungen der „Global Labour University“, initiiert von der ILO und (bislang) durchgeführt an Hochschulen in Kassel, Berlin und Johannesburg teilgenommen und von den Studierenden aus aller Welt viel gelernt. Besonders wichtig aber waren und sind die Kontakte mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus vielen europäischen Ländern, die im Rahmen von Forschungsnetzwerken von der EU gefördert wurden und werden. Wir haben also von der europäischen Integration, mit der wir uns im Folgenden kritisch auseinander setzen, profitiert. Die Netzwerke zur „Economic Policy Coordination“ (EPOC) oder zur Thematik von „Privatisation and the European Social Model“ (PRESOM) haben uns sehr viele Anregungen gegeben. Auch die Arbeit in einem European Network of Excellence zu „Global Governance, Regionalisation and Regulation: The Role of the EU“ (GARNET) war für das Zustandekommen dieser Schrift wesentlich. Dies gilt in Sonderheit für die Umweltprobleme und die „environmental governance“. Besonders hervorheben möchten wir die Projekte des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) auf der Burg Schlaining; an den Forschungen zu Europa als einer Friedensmacht sind wir seit Jahren beteiligt. Wenn wir diese Netzwerke erwähnen, wollen wir die Bedeutung anderer Diskussionszusammenhänge nicht schmälern.

Weil wir in den immer anregenden Debatten auf der Burg Schlaining über die Jahre nicht nur viel gelernt, sondern auch gute Freunde und Weggefährten gefunden haben, möchten wir dieses Buch dem *spiritus rector* des ÖSFK Gerald Mader widmen, der vor 25 Jahren 1982 das Studienzentrum gründete. Wir hoffen, dass diese Schrift seine Bemühungen unterstützt, die drohende Militarisierung der EU abzuwehren und Europa als Friedensmacht entstehen zu lassen.

Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater

Einleitung

Europäische (T)räume der Macht

Wir schreiben dieses Buch als überzeugte Europäer, auch wenn dies nicht immer leicht fällt. Europa ist ein Kontinent, der immer widersprüchliche Analysen hervorgebracht und ambivalente Gefühle ausgelöst hat. Die einen bewundern die Malerei, die Literatur, die Musik, die Philosophie, die politische Ökonomie und die Sozialwissenschaften des „alten Kontinents“, und dass „Europa der Welt den Rationalismus, den Humanismus und das Freiheitsideal gebracht“ habe (so Giscard d’Estaing in der Eröffnungsrede des Verfassungskonvents am 26.2.2002, nachzulesen unter: <http://european-convention.eu.int/docs/speeches/3.pdf> - gesehen 31. Juli 2007). Jeremy Rifkin erwartet von der Integration des Kontinents gar die Realisierung des „europäischen Traums“ von Diversität, hoher Lebensqualität, nachhaltigem Umgang mit der Natur, Achtung der Menschenrechte (vgl. Rifkin 2005). Der Wahlspruch der Europäischen Union, der im Jahre 2000 in einem europaweiten Schülerwettbewerb ausgesucht wurde, lautet ja „*in varietate concordia*“, in Vielfalt geeint (http://europa.eu/abc/symbols/motto/index_de.htm - gesehen 31. Juli 2007). Es taucht in der Präambel des Entwurfs eines Verfassungsvertrags von 2004 und in dessen Art. I 8 auf. Auch im 2007/ 2008 *intergouvernemental*, also ohne Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger ausgehandelten „Grundlagenvertrag“, werden europäische „Werte“ betont, nachdem der Verfassungsvertrag in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden nicht angenommen wurde. Aus der Traum, den der Verfassungsrechtler Dieter Simon so beschreibt:

„Viele haben einfach einen Traum. Sie wünschen sich in der Europäischen Union Europäer, europäische Patrioten, die sich in absehbarer Zeit gemeinsam dazu durchringen, sich in Einigkeit und Gleichheit eine Verfassung zu geben...“ (Simon 2007: 821).

Um diesen Traum träumen zu können, muss man sich sehr weit von der europäischen Realität in ein Wolkenkuckucksheim fortbewegen. Doch auch dort wird man, wie wir aus Aristophanes Komödie „*Die Vögel*“ erfahren, sehr schnell auf den Boden der Tatsachen geworfen. Die europäischen Patrioten sind ja Kapitalisten und Arbeiter, Finanzanleger, *vulgo*: Heuschrecken, und Hartz IV-Empfänger, hoch qualifizierte Frauen und schlecht ausgebildete Männer. Es ist mehr als fraglich, ob sie allesamt

davon träumen, diesem zerrissenen und in Klassen gespaltenen Kontinent eine Verfassung zu geben und die Gestaltung der Verfassungswirklichkeit aus den eigenen Händen in die einer politischen Klassen zu überführen, der die „europäischen Patrioten“ zutiefst misstrauen.

Die „europäischen Werte“ sind zumeist die des „Abendlandes“, die in den Konflikten mit dem „Morgenland“ entstanden sind und bis heute tradiert werden. Die Regensburger Rede des Papstes Benedict im Jahre 2006 hat die Arroganz des okzidental Europa gegenüber dem europäischen Orient unheilvoll bestätigt; von den törichten Karikaturen des Propheten Mohammed in einigen skandinavischen Ländern ganz zu schweigen. Und die Versuche des konservativen Polen, die christlich-katholische Verpflichtung konstitutionell verbindlich zu machen, weisen ebenfalls in diese Richtung von auf Weltbeherrschung zielenden Werten (das ist aber nur – wie Max Weber (1921) darstellt – die Kehrseite der Weltabwendung) und eines darauf basierenden europäischen Integrationsprojekts. Dieses ist notwendigerweise exkludierend, wenn ihm die okzidental Werte unterlegt werden, und diese Exklusion hat höchst politisch-praktische Folgen, wie die europäische Einwanderungs- und Migrationspolitik erkennen lassen (vgl. dazu insbesondere die Beiträge in Armstrong/Anderson 2007).

Andere erinnern sich vor allem an den Imperialismus, mit dem europäische Mächte die Weltbeherrschung in die Tat umgesetzt und in den vergangenen Jahrhunderten über andere Völker, ja ganze Kontinente, viel Leid gebracht haben. Die Wohlstandsversprechen des Freihandelssystems, das ebenfalls von Europa seinen Ausgang nahm, haben sich nicht erfüllt und sind in vielen Fällen ins Gegenteil verkehrt worden. Das hohe Ideal des Humanismus hat im aufkommenden Kapitalismus des 18. und 19. Jahrhunderts mit den elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats niemals die Chance der Verwirklichung gehabt. Schon vorher, seit Beginn der Neuzeit, in der Zeit der „Aufklärung“ nach dem „finsternen Mittelalter“, haben die spanischen *conquistadores* und die portugiesischen Kolonisatoren von ihren küstennahen *capitanias* aus Lateinamerika ausgeplündert und ganze Völker liquidiert. Das Silber und Gold aus den Bergwerken Lateinamerikas aber nährte dann die „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ in Europa. Man lese auch die bittere Klage des Thomas Morus aus dem Jahre 1516 über die mörderischen Folgen der Verwandlung der britischen Landwirtschaft in Schafweide (Morus 2007: erstes Kapitel), um zu erfahren,

wie die Untaten der äußeren Kolonisation ergänzt wurden durch eine ebenso gewalttätige innere Kolonisierung. Der britische, holländische, französische und deutsche Imperialismus hat versucht, die Welt aufzuteilen und ihre ökonomischen Werte (die Rohstoffe und nicht die ideellen Werte) mit politischer und militärischer Gewalt und mit den ökonomischen Mechanismen des Freihandels anzueignen. Europäer haben den modernen Sklavenhandel erfunden und dafür gesorgt, dass zwischen 1660 und 1780 wahrscheinlich an die 45 Millionen Menschen in Afrika gefangen und von der westafrikanischen Küste aus (z.B. von der Insel Gorée in der Nähe von Dakar) in die „Neue Welt“ unter erbärmlichen Bedingungen und Misshandlungen als eine für ihre Peiniger überaus einträgliche „Handelsware“ - auf einen anderen Kontinent verschleppt, verkauft, „exportiert“ wurden. Nur ca. 15 Millionen Menschen überlebten den mörderischen Transport über den Atlantik und von diesen starben Unzählige nach der Ankunft in der „zivilisierten“ Welt der europäischen Siedlungskolonien an den Folgen der Zwangsarbeit oder an den alltäglichen Barbareien (vgl. dazu Porter/ Sheppard 1998: 307 – 338). Im südlichen Afrika ist der Völkermord an den Hereros, den die Deutschen im heutigen Namibia begangen haben, in anderen Teilen der Welt sind es die nicht minder mörderischen Herrschaftspraktiken spanischer und portugiesischer, britischer, französischer, und nicht zu vergessen belgischer Kolonialmächte, die sich in das historische Gedächtnis der Völker unauslöschlich eingepägt haben. Es lassen sich viele Beispiele finden, die im Buch der europäischen Geschichte keine Ruhmesblätter füllen. Dass die europäische Moderne immer zwei Seiten gehabt hat, wurde von Theodor Adorno und Max Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung“ hervorgehoben (Adorno/ Horkheimer 1969). Die Ambivalenz von Modernisierung und Barbarei fand im Nationalsozialismus und seinen industriellen Tötungsmaschinen ihren schrecklichsten Ausdruck. Auf diese Doppelgesichtigkeit von Moderne und Barbarei verweist auch Luciana Castellina in ihrer Rückschau auf „fünfzig Jahre Europa“ (Castellina 2007). Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg können eher als eine Ausnahme von der Regel einer „grausamen Modernisierung“ (Castellina 2007: 89 mit Bezug auf Göran Therborn) gesehen werden.

Die Vorstellung universeller Menschenrechte und die damit verbundenen Prinzipien des Schutzes individueller Grundrechte, der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gleichheit der Geschlechter, der Gewaltenteilung, Religionsfreiheit, des Schutzes von Minderheitenrechten und nicht zuletzt die regulative Idee der Toleranz, die heute zu den

„europäischen Werten“ gerechnet werden, sind jedenfalls, wie Dieter Senghaas in seinem Plädoyer für einen „neuen Dialog der Kulturen“ betont, „ein sehr spätes Produkt zivilisatorischer Entwicklung in unseren eigenen westlichen Breitenkreisen“ und „das historische Ergebnis eines konfliktreichen, oft konvulsiven kollektiven Lernprozesses“ (Senghaas 2007: 61).

Wird sich diese bedrückende Geschichte eines europäischen Imperialismus fortsetzen oder wiederholen? Mit dem Begriff des Imperialismus wird einerseits das Streben von Staaten bezeichnet, ihre Souveränität auf Territorien auszudehnen, die nicht zum Staatsgebiet gehören. Dies geschieht durch Eroberung und militärisch gestützte Besatzung, auch durch „Regimewechsel“, indem „befreundete“ Regierungen durch äußeren Druck starker Mächte in einem schwachen Land eingesetzt werden, oder durch „Öffnung“ eines Landes für transnationale Konzerne der imperialistischen Macht, die dann das Sagen haben. Wie dies funktionieren kann, zeigt der größte Einzelhandelskonzern der Welt, Walmart aus den USA in China, wo die ökonomische Großmacht Walmart der politischen Großmacht China die Gewerkschaftsgesetze zu diktieren versucht (Geffken 2007). Im Irak haben die USA ein „Ölgesetz“ oktroyiert, das den Zugriff der US-Konzerne auf das irakische Öl, also den Raub der natürlichen Reichtümer des Landes legalisieren soll. Es steht freilich auf schwachen Füßen, da ihm in den Augen der irakischen Bevölkerung und der Weltgemeinschaft jegliche Legitimität fehlt¹. Ohne Legitimität und einen daraus abgeleiteten Konsens aber befindet sich selbst das mächtigste imperialistische System auf tönernen Füßen.

Andererseits bezeichnet Imperialismus im engeren historischen Sinne eine spezifische Phase kapitalistischer Entwicklung, nämlich die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert die Jahre bis zum Ersten Weltkrieg. In dieser Zeit versuchten die europäischen Industriemächte, auch Japan und die USA, die letzten noch nicht als Kolonien einverleibten Gebiete Afrikas und Asiens zu erobern. Abgesehen davon, dass dies in aller Regel ein gutes Geschäft nur für die großen Unternehmen und nicht für die imperialistischen Staaten und deren Bevölkerung wurde, da die Kolonien zumeist weniger hergaben als hineingesteckt wurde, gerieten die imperialistischen Mächte

¹ Das gilt auch für die Gesetzgebung zu den intellektuellen Eigentumsrechten, mit der die Besatzungsmacht großen transnationalen Saatgut- und Pharmakonzernen alle Zugriffsrechte auf genetisches und anderes Material zugesteht und zugleich die kleinen Landwirte, die immer die Saatgutpflege übernommen hatten, davon ausschließt, sie also enteignet.

unweigerlich in Konflikte untereinander, da die terrestrische Oberfläche des Planeten Erde nun einmal begrenzt ist. Dies war auch die These der einflussreichsten Theorie des Imperialismus, derjenigen Lenins (1917). Er deutete daher den Ersten Weltkrieg als einen imperialistischen Krieg. Dies ist auf den ersten Blick einleuchtend. Allerdings muss die Frage beantwortet werden, welche Faktoren oder Mechanismen es sind, die die imperialistische Dynamik der Inwertsetzung über alle Grenzen und Maße hinaus verursachen. Man müsste sich also mit den verschiedenen Imperialismus-Theorien beschäftigen, die auf diese Frage eine Antwort zu geben versuchen (vgl. dazu Heinrich 2006; Groh 1982). Dies kann in dieser Schrift nicht in der gebotenen Ausführlichkeit geschehen. Nur einige Aspekte, die für das Verständnis des „Projekts der Europäischen Integration“ belangvoll sind, müssen diskutiert werden. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis von Geoökonomie und Globalisierung einerseits und von Geopolitik und Imperialismus andererseits (damit beschäftigen wir uns im ersten Kapitel ausführlicher; vgl. auch Anderson/ Shuttleworth 2007).

In jüngerer Zeit ist weniger von Imperialismus als von „Empire“ (Hardt/ Negri 2000) oder „Imperium“ (Münkler 2005; zur Kritik vgl. Zelik 2007 und Teschke 2006) die Rede. Der „alte“ Imperialismus verwandelt sich ins „neue“ Empire, wie Hardt/ Negri darlegen. Damit ist eine imperiale soziale und politische Weltordnung gemeint, die allumfassend wie der globale Markt in Zeiten der ökonomischen Globalisierung ist. Vergleichbar dem neoliberalen Denken in Bezug auf den Markt können sich Hardt und Negri keine Alternative jenseits des Empire vorstellen. Das „Empire“ kennt nur noch ein „innerhalb“ und nicht mehr das „außerhalb“. Doch ist diese imperiale Weltsicht realistisch, werden nicht sehr viele Widersprüche und Widerstände aus der Analyse verbannt? Wenig Überlegungen sind beispielsweise bislang darauf verwandt worden, ob das Empire, das immer als US-dominiert verstanden wird, von China oder anderen asiatischen Mächten wie Indien in einer nicht fernen Zukunft herausgefordert werden könnte. China und Indien (und andere regionale Mächte bzw. Blöcke, z.B. in Lateinamerika) könnten sich dem ökonomischen Sog und politischen Druck des Empire entziehen und auf eine „multipolare Welt“ gegen den neoliberalen Entwurf einer „unipolaren Freihandelsordnung“ und gegen die Vorstellung eines globalisierten Empire unter US-Hegemonie hinwirken (Lind 2007). Dann dürfte sich die Vision von Hardt/ Negri und von Münkler, dass Grenzen innerhalb des Imperiums an Bedeutung verlieren, dass also die Souveränität im Empire ihren diffusen Ort hat, und nicht mehr in

den Hauptstädten der großen und mächtigen Nationalstaaten oder bei den ökonomischen Großmächten, den transnationalen Konzernen konzentriert ist, als eine irreführende Illusion herausstellen. Insofern ist James Anderson's Kritik an Hardt/Negri überzeugend. Das „postmodern... Empire“ sei

... a leftist variation on the neo-liberal, 'borderless world' fantasy and even more misleading (sei). Their 'world empire' is centreless, placeless and cleansed of imperialism, and crucially it tells us that inter-imperialist rivalries have ended when actually they are very much present and probably intensifying: witness the USA's dangerously unilateralist and militaristic exercise of hegemony since 9/11 which was partly intended to upstage or divide rivals for hegemony..." (J. Anderson 2007: 22)

Die neokonservativen Stichwortgeber der Bush-Administration haben ein rhetorisches Empire schaffen wollen, dann aber doch nur imaginieren können. Von der Hybris der Macht nach den fragwürdigen „Wahlsiegen“ 2000 und 2004 befallen, meinten sie, die Realität mit politischer Macht schaffen zu können, in den USA und in der ganzen Welt. Mark Danner zitiert einen „ungenannten Regierungsbeamten“ mit den Worten:

„Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie jene Realität studieren..., werden wir erneut handeln und andere neue Realitäten schaffen...“ Danner fügt hinzu: „Die Macht hat die Realität zu ihrer Hure gemacht... Macht kann die Realität neu erschaffen“ (Danner 2007: 6; 8).

Schlimmer noch: es ist nicht politische Macht, die diese demiurgische Leistung erbringt, sondern die ökonomische Macht, die in der globalisierten Welt aufs Engste mit der politischen Macht zu einem neuen staatsmonopolistischen Kapitalismus verwoben ist. Die Macht der Bush-Administration verdankt sich zu einem Gutteil der texanisch-kalifornischen Ölindustrie, dem *military-industrial complex* und der Wallstreet-White House-Verbindung. In Europa ist die Verflechtung von Politik und Ökonomie an den Karrieren von Politikern wie Gerhard Schröder oder Silvio Berlusconi, Wolfgang Clement oder Nicholas Sarkozy ablesbar. Auch die russische Nomenklatura vereint in sich die Verfügung über ökonomische und politische Macht in nahezu exklusiver Weise (P. Anderson 2007: 46), Diese Kombination von ökonomischer und politischer Macht ist es, die die Realitätserzeugung und -gestaltung effektiv macht.

Für Hardt und Negri ist der Einbezug aller globalen Entwicklungen ins Empire, so dass es keinen Sinn mehr macht, von einem „außerhalb“ zu sprechen, ein Insignium von Fortschritt. Das kann aber auch ganz anders gesehen werden, z.B. aus der Perspektive

des Pentagon. Thomas P.M. Barnett definiert das „außerhalb“ des Imperiums in einer Studie für das Pentagon als eine „nicht-integrierbare Lücke“ (Barnett 2003), die das Zentrum der Macht, also das Pentagon, nicht anerkennen darf². In den Ländern, in denen die Globalisierung trotz – oder richtiger: wegen – der brutalen Anpassung nationaler Regulierungssysteme und Strukturen an die Spielregeln des globalen Wettbewerbs nicht zu einer Wohlstandssteigerung und zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten führt, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Prinzip immer mit einer militärischen Intervention der USA zu rechnen. In einer „Neuen Weltkarte des Pentagon“, unterscheidet Barnett (ehemals Berater des ehemaligen US-Verteidigungsministers Ronald Rumsfeld) den *functioning core*, also Kernländer der Globalisierung, und Länder, die eine „nicht- integrierbare Lücke“ (*non-integrating gap*) bilden. Dazu rechnet er Länder, die sich der Globalisierung als einer Art „Zwangsamertikanisierung“ widersetzen, z. B. weil sie (wie China es gegenwärtig noch praktiziert) ihre internen Regeln (im Bankenwesen, bei Zöllen, Urheberrecht, Umweltstandards) nicht schnell genug denen der Globalisierung (will heißen: an das Regelwerk der WTO) angleichen. „Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele der Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin entsenden werden. Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen oder eine Bedrohung zu beseitigen“ (Barnett 2003: 557). Es folgt eine „Liste möglicher Interventionen“ in 16 Staaten; diese Liste wird durch drei „neue“ an die Globalisierung „Anschluss suchende Mitglieder“ des „funktionierenden Kerns“ ergänzt, die demnächst „verloren gehen könnten“; es handelt sich dabei um China, Russland und Indien! Doch auch diese Unterscheidungen strukturieren, wie in älteren geopolitischen Denkfiguren, vor allem den Raum durch Grenzziehungen zwischen dem „Eigenen“ und dem „Anderen“. Das sind willkürliche Abgrenzungen, die Aufteilungen des Raumes legitimieren und naturalisieren sollen: „Der Fokus auf geopolitische

² Dies ist von Jean-Christophe Rufin (2005) in seinem Roman „Globalia“ eindrucksvoll literarisch verarbeitet worden: die „Lücke“, die nur noch als Zielgebiet für *bomberraid*s mit dem Ziel des *containment* einer arbiträr definierten Bedrohung der Macht des Imperiums und des prekären Wohlstands einer kontrollierten imperialen Bevölkerung dient. Siehe auch den Roman von J. M. Coetzee (2003) „Warten auf die Barbaren“ aus dem Jahre 1980, auf den wir im achten Kapitel nochmals zurückkommen.

Konstruktionen, Sprachspielen und rhetorischen Argumentationszusammenhängen verdeutlicht, wie politische Akteure mit vermeintlich objektiven und 'richtigen' Fakten ihre eigene Interessen durchzusetzen versuchen" (Helmig 2007: 35).

Alle weltgeschichtlichen Bewegungen und Prozesse sind ins Empire „internalisiert“, sofern sie nicht in der Lücke verschwinden. Der „Lücke“ und daher dem Empire kann aber durch „Ausfuhr von Sicherheit“ geholfen und so die Verbreitung von Terrorismus unterbunden werden. Der Terrorismus ist jedoch in der Vorstellungswelt der Mächtigen des Imperiums nur ein Element der „Strategie der Schwachen“, andere Elemente sind „internationale Foren“ (damit können nur die Gremien der UNO, aber auch das Weltsozialforum und die globalisierungskritische Bewegung wie Attac gemeint sein) und „Gerichtsprozesse“ (also der Rekurs auf den Rechtsstaat), wie Danner aus der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2003 zitiert (Danner 2007: 8). Im Empire ist der Widerstand zwar zu schwächen, aber nicht vollends zu unterdrücken. Zwar mögen, wie Hardt und Negri vermuten, die sozialen Gegensätze diffus, ohne Zentrum sein; die Macht mag als eine „Biomacht“ das individuelle und gesellschaftliche Leben strukturieren. An die Stelle hierarchischer materieller Produktion mag mehr und mehr immaterielle, vernetzte Arbeit treten - doch dies ist keineswegs ein erstes Anzeichen von gesellschaftlicher Emanzipation. Diese Tendenzen sind eingeordnet in ein System imperialer Kontrolle und davon überlagert. Die Neokonservativen sind es zufrieden, wenn die vom Imperium *gemachten* Foren und rechtlichen Regelungen akzeptiert und nicht widerständig in einer Strategie der Schwachen genutzt werden.

Erst wenn Sicherheit in die „Lücke exportiert“ werden muss, wird die *hard power* des Militärs eingesetzt. Damit wird jedenfalls dafür gesorgt, dass für das Empire aus „der nicht integrierten Lücke“ keine Gefahren entstehen. Doch innerhalb des „Kerns“ kann sehr wohl Konkurrenz heranwachsen, zumal dann, wenn man in Rechnung stellt, dass auch die immateriell vernetzte Produktion auf die begrenzten Naturressourcen zugreift und eine „imperiale Lebensweise“ (Brand 2007) in den Metropolen, im imperialen Kern des Globus inzwischen bereits einen „ökologischen Fußabdruck“ hinterlässt, der die Ökosysteme in hohem Grade überfordert und letztlich auch die Macht des Imperium bedroht, da es die Natur nicht „machen“ und Naturkatastrophen nicht ungeschehen machen kann. Auch das mächtigste Empire kann sich von den Naturbedingungen der

Reproduktion der Macht nicht frei machen; es bleibt in dem selbst erzeugten gesellschaftlichen Naturverhältnis verwickelt³.

Dies gilt für lokale und regionale Ökosysteme, inzwischen aber auch für globale Systeme, für den Wasserhaushalt, den Kohlenstoffzyklus, das Klima. Daher entsteht so etwas wie die Notwendigkeit der „Rationierung“ des Zugriffs auf Naturressourcen, weil es unmöglich ist, dass alle „funktionierenden“ Weltregionen in dem Maße Natur verbrauchen wie der „Kern des Kerns“ des Empire, wie die USA - oder wie Westeuropa. Die „Rationierung“ könnte in neoliberalen Zeiten dem Markt überlassen bleiben. Dann aber wird die Frage zentral, in welcher Währung die Ressourcen, insbesondere das Erdöl, bezahlt wird. Es könnte dann nämlich geschehen, dass der US-Dollar als Öl-Währung durch den Euro (oder auch zu einem späteren Zeitpunkt durch asiatische Währungen, z.B. den chinesischen Renminbin) verdrängt wird. Die Rationierung könnte aber auch mit politischer und militärischer Macht erfolgen. Der Krieg gegen den und die Besetzung des Irak zeigen sehr deutlich, dass der „Export“ von militärischer Sicherheit auch dazu dient, „Energiesicherheit“ für die imperiale Vormacht zu importieren. Nur stellt sich die Frage, ob andere Länder und Regionen des „Kerns“ sich dies auf Dauer werden bieten lassen. „Konkurrenz für das Empire“ ist also unvermeidlich und die Zukunftsfrage lautet, ob und wie diese friedlich und nicht durch den euphemistisch so genannten „Export von Sicherheit“ reguliert werden kann. Wenn wir den Begriff des Empire verwenden, dann eben in diesem umfassenden Sinne und nicht in der postmodernen Interpretation von Hardt und Negri.

In den vergangenen 50 Jahren hat die Integration im Westen Europas dazu beigetragen, dass auf dem Kontinent seit mehr als einem halben Jahrhundert Frieden herrscht. Das ist eine große und, wenn man die Geschichte der Jahrhunderte zuvor bedenkt, bewunderungswürdige Leistung. Doch wäre es vermessen zu sagen, der Traum eines friedlichen Europa sei in Erfüllung gegangen. Zur Zeit der Gründung der EWG in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre führten Frankreich und England einen Kolonialkrieg gegen Ägypten, weil die Regierung Nasser es gewagt hatte, die Betreiber-Gesellschaft

³ Dies zeigt sich exemplarisch an den Verwüstungen des Hurricane Katrina in New Orleans im August 2005. Die imperiale Supermacht hat es weder geschafft, Vorsorge gegen die Verwüstungen der sich abzeichnenden Naturkatastrophe zu treffen, noch zwei Jahre später die Zerstörungen zu reparieren und der Region um New Orleans eine reale Zukunftsperspektive zu geben. (Vgl. den Bericht von Jörg Häntzschel: „Drei Stunden ins Nichts“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 25./ 26. August 2007).

des Suezkanals zu verstaatlichen. Fast zeitgleich marschierten die Truppen der Sowjetunion in Ungarn ein. Doch waren durch die Blockkonfrontation Konflikte „gezähmt“ und sie haben sich erst wieder zu Kriegen zugespitzt, als zu Beginn der 1990er Jahre der „Kalte Krieg“ für den Westen „siegreich“ beendet war: in Jugoslawien oder in Tschetschenien. Insbesondere im Jugoslawienkonflikt und vor allem bei der Bombardierung Serbiens 1999 hat die EU eine der friedlichen Entwicklung des Kontinents nicht förderliche, ja schändliche Rolle gespielt. Sie war daran beteiligt, Völkerrecht zu missachten und mit dem vorgeblichen Schutz von Menschenrechten schwere Menschenrechtsverletzungen zu begehen und zu rechtfertigen. Dieser Krieg hat einen Vorgeschmack auf das geliefert, was mit der Figur des „*innerhalb*“ des Empire auch gemeint sein kann. Tobias Pflüger berichtet über EU-Kommissionspräsidenten Barroso, dass dieser in der Frage des zukünftigen Status des Kosovo von der EU als einem „Empire“ gesprochen hat, um so die von der EU präferierte *de facto*-Protektoratslösung für den Kosovo zu begründen (Tobias Pflüger, „Maßstab ist das Völkerrecht“, in *Neues Deutschland* vom 10. August 2007). Dann wäre der Kosovo – mit speziellem Status – *innerhalb* der EU, und nicht mehr außerhalb. Es gibt nur noch „europäische Innenpolitik“, für die die EU verantwortlich zeichnet, und „Weltinnenpolitik“, durchgesetzt und durchgeführt von der „einzigen Weltmacht“ gegen alle anderen Rechtsgüter, Interessen und menschlichen Ansprüche. Zur Rechtfertigung dieser Denkfigur haben sich auch Philosophen von europäischem Rang nicht gerade mit Ruhm bedeckt; bis heute argumentieren sie, dass zum Schutze der Menschenrechte auch militärische Interventionen notwendig sein könnten. Die „europäischen Werte“ bekommen unversehens einen imperialen Charakter, indem ihnen universalistische Geltung zugesprochen wird, die auch als Polizeiaktionen im Innern des Empire mit militärischen Mitteln durchzusetzen sei. Boris Groys erfasst den zentralen Punkt der europäischen Hypokrisie:

„Insofern die Menschenrechte und die Demokratie als universelle Wert anerkannt werden, fühlt sich der Europäer als Träger dieser Werte moralisch verpflichtet, sie weltweit durchzusetzen. Dadurch sieht er sich – durchaus zu Recht – dem Vorwurf ausgesetzt, unter dem Vorwand der Verteidigung und Durchsetzung der Menschenrechte eine alte europäische Politik der imperialistischen Expansion zu betreiben. Insofern die Menschenrechte aber als partikuläre europäische Werte anerkannt werden, fühlt sich der Europäer verpflichtet, sie bei sich in Europa zu schützen, das heißt den europäischen Kulturkreis zu isolieren

und gegen die antihumanistischen Fremden zu verteidigen. So schwankt die europäische Politik zwischen Imperialismus und Isolationismus...“ (Groys 2007: 36).

Diese Ambiguität macht es schwierig, auch als überzeugte Europäer „Europa zu erträumen“, wozu uns Giscard d’Estaing in seiner Eröffnungsrede als Präsident des Verfassungskonvents am 26. Februar 2002 in idealistischer Manier aufforderte. Europa sei der Raum der Freiheit und Chancen, ein Raum der schöpferischen Dynamik und Solidarität, ein Raum ausgeprägter kultureller Identitäten, der Vielfalt und der Toleranz (nachzulesen unter <http://european-convention.eu.int/docs/speeches/3.pdf> - gesehen am 31. Juli 2007). Dieses Europa wird in Giscard d’Estaing’s Worten in der Welt auch „Einfluss und Autorität“ haben. Das lässt aufhorchen, denn es ist nur eine Girlande um die brutal klare Formulierung des mächtigen Industriekommissars Günther Verheugen: „Die EU muss Weltmacht werden“ (zitiert nach Beckmann/ Deppe/ Heinrich 2006: 318). Auch Stephen Gill sieht einen Zusammenhang zwischen ökonomischer Stärke, die infolge der Integration zu einem Wirtschaftsraum zunimmt, und dem politischen Drang zu größerer Bedeutung in der Welt (Gill 2000: 24ff). Wird der Kontinent auch in Zukunft friedlich bleiben oder stehen mit neuen geostrategischen Initiativen der EU und ihrer Mitgliedsländer in Zukunft härtere Konflikte ins „europäische Haus“? Träumerischer Idealismus kann ja gefährlich werden, wenn er bewaffnet auftritt, und die Räume, von denen nicht nur Giscard d’Estaing träumt, können geweitet werden, wenn die europäische Aufrüstung, die im europäischen Verfassungsvertrag sogar Verfassungsrang erhalten sollte (Art. I, 41), zur Politikleitlinie wird. Entsteht dann nicht aus der ökonomischen Stärke der EU ein „(sub)imperialer Block“, wie manche befürchten, und wird dessen „Autorität“ in der Welt nicht durch die militärische Aufrüstung der EU sehr deutlich unterstrichen und nach außen signalisiert? Die Nationalstaaten der EU und die EU als Block weiten die Räume ökonomischer Aktivitäten von privaten Unternehmen ebenso wie von öffentlichen Institutionen. Die politische Unterstützung der expansiven Logik der (privaten) Kapitalakkumulation führt zu Konflikten mit anderen Territorialstaaten und Wirtschaftsblöcken, die das gleiche Prinzip auch für sich und ihre ökonomischen Akteure beanspruchen. Die Frage ist, ob es auch zu Konflikten mit den USA kommt oder ob die beiden mächtigsten Pole des Empire gegen andere „funktionierende“ Staaten, insbesondere aber gegenüber der nicht-integrierten Lücke miteinander kooperieren. Die USA konkurrieren einerseits ökonomisch mit der EU, aber andererseits suchen und finden sie in der EU selektiv

Bündnispartner - „die Allianz der Willigen“ eines „neuen Europa“, die mit den USA auch gegen europäische Partner in der EU gemeinsame Sache zu machen bereit ist (darauf verweisen Panitch/ Gindin 2006).

Die europäische Union steht also (wieder einmal) vor einer grundlegenden Herausforderung: in der „Konkurrenz mit dem Empire“, angesichts der ökologischen Krisen, aber auch infolge der neoliberal geschaffenen Sachzwänge. Es kommt darauf an, Strukturen und Institutionen der Partizipation des *demos* zu entwickeln, also über die prozedurale Seite hinaus die substantielle Teilhabe aller an den Entscheidungen über den Zugang zu und über die Verteilung der Gratifikationen eines im Prinzip reichen Kontinents zu erweitern. Das wird nicht gehen, ohne bessere Bedingungen für Gleichheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu den Freiheiten von Marktakteuren zu schaffen. Dazu soll diese kurze Schrift einen Beitrag leisten.

Wir beginnen sie im *ersten Kapitel* mit einer Diskussion des Verhältnisses von Geoökonomie und Geopolitik, von Globalisierung und neuem Imperialismus, um den konzeptionellen Rahmen der weiteren Untersuchung abzustecken und um den tatsächlichen politisch-ökonomischen Hintergrund der normativen Aussage Verheugens, die EU müsse Weltmacht werden, erkennen zu können.

Danach beschäftigen wir uns im *zweiten Kapitel* mit der „politischen Ökonomie der europäischen Integration“ und dabei in erster Linie mit dem Zusammenhang von Erweiterung und Vertiefung einerseits und negativer und positiver Integration andererseits. Es geht dabei darum, die ökonomische Dynamik zu erkennen, die über den europäischen Integrationsraum hinausweist und daher imperialistische Tendenzen stützen könnte.

Im *dritten Kapitel* wenden wir uns der Herausbildung einer europäischen Staatlichkeit im Verlauf des Integrationsprozesses zu. Es geht um das Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Staat, Zivilgesellschaft und um die Medien der Staatlichkeit im engeren und weiteren Sinne: um Recht, Geld, Macht und Konsens. Daher werden wir uns mit den Versuchen einer Konstitutionalisierung der neoliberal dominierten Integration in einer Verfassung bzw. in einem „Grundlagenvertrag“ und mit der Schaffung einer europäischen Währung auseinandersetzen. Welche Widersprüche sind im Geld der EU enthalten? Wie kommt ein „europäischer Konsens“ zustanden, wie steht es um die Entfaltung von Macht nach innen und außen?

Das *vierte Kapitel* greift eine Frage auf, die schon im zweiten Kapitel angedeutet worden ist. Neben der negativen Integration durch Liberalisierung und Deregulierung, in der die ultraliberale Utopie einer nur marktförmig zusammengehaltenen „Hayek’schen“ EU hervorlugt, bedarf es der Einrichtungen und Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Akzeptanz der europäischen Integration. Wie bedeutsam diese ist, hat sich bei den Verfassungsreferenden 2005 in Frankreich und in den Niederlanden gezeigt. Ein *European social model* (ESM) soll die Akzeptanz verbessern. Es ist aber mehr als fraglich, ob dies gelingen kann, wenn soziale Kohäsion als Ergebnis ungezügelter Wettbewerbs von Sozialsystemen und als Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gedacht und durch die weichen Steuerungsmechanismen der Europäischen Kommission ins Werk gesetzt wird.

Im *fünften Kapitel* steht die EU als globale Handelsmacht im Zentrum der Analyse. Darin wird gezeigt, wie nach dem Scheitern der Handelsrunden der WTO in Seattle, Cancún und Doha die großen Wirtschaftsmächte, die USA und die EU, immer mehr dazu übergehen, mit einzelnen Ländern oder regionalen Wirtschaftsblöcken bilaterale Handels und Investitionsabkommen zu schließen. Diese halten nicht die Versprechen der Freihandelslehre, weil sie sehr häufig für die schwächeren Handelspartner in Afrika, Lateinamerika oder Südostasien Nachteile bringen. Die neue aggressive Außenwirtschaftspolitik der EU könnte aber dazu beitragen, dass die Zahl derjenigen Länder, die der neoimperialistische Diskurs zur „nicht-integrierbaren Lücke“ rechnet, größer wird. Wie die Handelspolitik der USA so wird auch die der EU zunehmend geopolitischen Interessen zugeordnet, daher weist letztere durchaus Elemente eines neuen Imperialismus auf.

Der hat auch die Gestalt des „ökologischen Fußabdrucks“ Europas im globalen Raum. Dieser ist nämlich größer als den Europäern unter dem Kriterium der globalen Umweltgerechtigkeit (jeder Mensch hat den gleichen Anspruch auf die Natur der Erde) zusteht. Doch Politik der Energiesicherheit wird angesichts von *Peak oil* (der Höhepunkt der Erdölförderung wird in naher Zukunft erreicht) immer wichtiger. Dieser Frage wird im *sechsten Kapitel* Aufmerksamkeit gewidmet. Erst recht muss jedoch beachtet werden, dass die Verbrennungsprodukte der fossilen Energieträger, insbesondere das CO₂, den inzwischen kaum noch bestrittenen Treibhauseffekt haben. Die EU gehört zu den größten CO₂-Emittenten und muss daher gehörige Anstrengungen unternehmen, um eine klimaverträgliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen in sehr kurzer Zeit zu

erreichen. Eine Hoffnung sind erneuerbare Energieträger. Doch wenn Agrodiesel oder Ethanol aus Biomasse ins fossile System der Produktion, Konsumtion und Distribution eingespeist werden, gerät die Strategie der Energiesicherheit in einen tödlichen Konflikt mit der Notwendigkeit, für Nahrungssicherheit in der Welt zu sorgen.

Im *siebenten Kapitel* werden die Konsequenzen des wachsenden Gewichts der EU in der globalen Währungskonkurrenz diskutiert. Gerade im Zusammenhang der neuen „globalen Ungleichgewichte“, die als extrem gestiegene Devisenreserven einer Reihe von Ländern (vor allem: China, Japan, Russland) einerseits und als ebenso extreme externe Verschuldung vor allem der USA zu Tage treten, tendiert der US-Dollar in Richtung Abwertung, der Euro spiegelbildlich zur Aufwertung. Wenn die Ölexportureure in dieser Situation dazu übergehen sollten, die – wegen des hohen Ölpreises - steigende Ölrechnung in Euro und nicht mehr nahezu ausschließlich in US-Dollar zu fakturieren, könnte es zu einer größeren Krise kommen. Daran ist kaum jemandem gelegen, und folglich werden viele Anstrengungen unternommen, die Währungskonkurrenz zu entschärfen und eine „weiche Landung“ vorzubereiten. Doch wie könnte diese aussehen und welche Anpassungsprozesse sind dann in den verschiedenen Regionen der Weltwirtschaft notwendig? Und was passiert, wenn die „weiche Landung“ misslingt und es zur Bruchlandung kommt?

Im *achten Kapitel* schließlich versuchen wir ein Resumée und einen Ausblick auf mögliche Alternativen zur neoliberalen und in der „Konkurrenz mit dem Empire“ durchaus imperialistische Züge annehmenden EU. Welche Zukünfte hat die EU? Welche Konsequenzen ergeben sich für soziale Bewegungen, wie sollte die europäische Linke auf die neuen Herausforderungen der EU im globalen Umfeld reagieren? Eine Debatte um eine solidarische, solare Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, um eine soziale, demokratische, friedliche und ökologisch nachhaltige EU steht auf der Tagesordnung. Fertige Antworten werden wir nicht geben können. Wir bemühen uns aber, die Fragen, die wir aufwerfen, so gut es uns möglich ist, zu begründen.